

Abonnements  
werden beim Verlag und besten  
bekanntem Agenten entgegen-  
genommen, und zwar im  
Vorwärts zahlbaren  
Vierteljahrspreise von:  
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt  
per Brief-Geldwert)  
Mk. 4,75 für Österreich (direkt  
per Brief-Geldwert)  
Ehrl. B. — für alle übrigen Länder  
des Weltpostvereins (Kontingenz).

# Der Sozialdemokrat

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
LONDON.  
Verlag  
der  
German Co-operative Publishing Co.  
E. Bernstein & Co., London N. W.  
114 Kentish Town Road.  
Verkaufsstellen  
Frankfurt a. M.  
Großhändler  
nach England lösen Doppelporto.

Zufolge  
des Verlagsvertrages  
in Genes — 23 Vlg. — 30 Glt.

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Nr. 8.

Beziehe an die Redaktionen und Expedition des in Deutschland und Österreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerer Postregeln abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In postschwierigen Fällen einzuschreiben.

22. Februar 1890.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemahregelten nicht!

#### Unsere Erwartungen.

An dem Tage, da diese Nummer aus der Presse hervorgeht, wird in Deutschland die große Wahltschlacht geschlagen. Wir haben die Bedeutung derselben für die deutsche Arbeiterklasse in früheren Artikeln erörtert und wollen heute um so weniger darauf zurückkommen, als jeder Zweifel daran, daß die Genossen allerorts bewußt sind, um was es sich in diesem Kampfe handelt, absolut ausgeschlossen ist. Durchdrungen von der Wichtigkeit, die dem sozialdemokratischen Wahlzettel gerade bei der jetzigen Wahl innewohnt, sind die Genossen mit einer Begeisterung und einem Eifer in den Wahlkampf gezogen, die die besten Resultate erhoffen lassen. Wie weit aber dürfen wir unsere Erwartungen in dieser Hinsicht ausspannen? Das ist eine Frage, die gerade im jetzigen Moment ruhig und sachgemäß zu erörtern uns sehr wohl der Mühe werth erscheint.

Dem wenn auch die Genossen über den bedingten Werth des Wahlzettels sich keinen Illusionen hingeben, wenn sie ebenso weit davon entfernt sind, ihn zu überschätzen, als sie, zum Glück für die deutsche Arbeiterbewegung, davon entfernt sind, ihn zu unterschätzen, so ist doch die Gefahr, soweit es überhaupt eine solche ist, nicht ausgeschlossen, daß sie, was die Größe der zu erwartenden Wahlziffern anbetrifft, allerdings sich einem übertriebenen Optimismus hingeben.

Es wird es überhaupt eine Gefahr ist, Optimismus und untreue Begleiter der Begeisterung, die unsern Kampf auszeichnet? Wer Großes erreichen will, muß sich Großes vornehmen, und besser ist es, das Ziel in fähigem Maaße etwas weiter fassen, als sich vornehmen als Sicherheitskommisarius in Kleinmüthigen Berechnungen zu ergeben. Wenn also die Genossen in den Kampf gezogen sind mit der Absicht, es diesmal womöglich bis auf ein- und eine halbe Million sozialdemokratischer Stimmen zu bringen, so läßt sich nichts dagegen einwenden, je mehr sie an den einzelnen Orten thun, um zu diesem Resultat beizutragen, desto besser. Aber sobald wir zum Abschätzen des vernünftigerweise zu erwartenden Resultats übergehen, haben wir uns nicht nur an das Wollen zu halten, sondern müssen auch die entgegenstehenden Faktoren in Betracht ziehen, damit wir nicht später der Gefahr verfallen, untern Erfolg zu unterschätzen.

Zahlen sind merkwürdige Heilige, und ungemein gefällig, solange wir es mit ihnen in abstracto zu thun haben. Wenden wir sie aber auf konkrete Dinge an, so werden sie plötzlich sehr eigenwillig und legen uns den Weg, wo wir es am wenigsten vermuthen. Manchmal kriegen es die vertrauten Dinger sogar fertig, zu streifen. Sie lehnen es absolut ab, sich vorwärts zu bewegen, sondern erklären uns kategorischer wie der Papst, wenn ihm zugemuthet wird, 1 + 2 für 3 zu erklären: non volumus et non possumus — wir wollen nicht und wir können nicht.

Warum soll die Sozialdemokratie ihre Stimmzahl nicht gegen die der vorigen Wahl verdoppeln? Wenn jeder sozialistische Wähler während der ganzen drei Jahre nur einen neuen Wähler gewonnen hat, so wäre das ja 1 + 1 = 2, in der Praxis sieht es sich an der Schwierigkeit, daß die zweite Eins nicht immer da ist, also auch nicht gewonnen werden kann.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in vielen, vielen Orten seit Jahren einen Stand erreicht, der eine Verdoppelung ihrer Stimmen einfach physisch unmöglich macht. Das trifft nicht nur für die Großstädte mit ihren sozialistischen Wählermassen zu, sondern noch in viel höherem Maße für eine sehr große Anzahl kleinerer und Mittelhäde, für hunderte von Industriedörfern. In den Großstädten bietet der Zuwachs der Bevölkerung wenigstens die Möglichkeit einer erheblichen Vermehrung der sozialistischen Wähler, wo aber die Bevölkerung stationär ist oder gar, wie es an manchen Orten der Fall, langsam zurückgeht, da ist nur dann eine wesentliche Vermehrung der Wahlstimmen möglich, wenn diejenige Wählerklasse, die für uns überhaupt in Betracht kommt, früher zum großen Theil nicht sozialistisch gewählt hat. In vielen, wir dürfen sagen, hunderten dieser Industrieorte ist aber seit Jahren der Massenkampf so ausgeprägt, daß mit verschwindenden Ausnahmen alle Arbeiter sozialistisch wählen. Da bleibt also höchstens noch die Hoffnung auf einige Ueberläufer aus den bürgerlichen Klassen, die aber nur wenig in's Gewicht fallen.

Wir könnten das durch eine Reihe von Beispielen erläutern, wir glauben aber, daß für die Genossen, die die Verhältnisse ja an Ort und Stelle viel besser übersehen als wir, dieser einfache Hinweis auf die rein objektiven — wir möchten sagen, mechanischen Hindernisse genügt, um ihnen zu vergegenwärtigen, was überhaupt heute eine Vermehrung der sozialistischen Wahlziffer auch nur um 100,000 neue Stimmen zu bedeuten hat.

Wir haben in unsern Hochburgen einen wesentlichen Zuwachs fast nur noch von der Vermehrung der wahlberechtigten Bevölkerung zu erwarten, und dieser ist nur in den großen Zentren wirklich bedeutend. Wir haben aber auch an vielen Orten einer relativen Abnahme der Arbeiterwählerklasse — durch Auswanderung, Verlegung von Industrien, Ausdehnung der Frauenarbeit zc. — zu rechnen.

Bleibt das extensive Wachstum der Partei: die Ausbreitung an Orten, die früher gar nicht oder nur wenig sozialistische Wähler aufwiesen. Rein Zweifel, daß die Genossen in dieser Beziehung in den abgelaufenen Jahren ihr Bestes gethan haben, und wir hoffen, daß gerade in dieser Beziehung der 20. Februar uns manche angenehme Ueberraschung, den Gegnern manche bittere Enttäuschung bringen wird. Aber auch diesem intensiven Wachstum sind durch die thatsächlichen Verhältnisse Grenzen gezogen, die bei der Abschätzung des zu Erwartenden nicht übersehen werden dürfen. Es wirken in vielen der hier in Betracht kommenden Wahlkreise heute noch dieselben Gründe einer größeren Ausbreitung der Sozialdemokratie entgegen wie zuvor: der zurückgebliebene Stand der Industrie, das tiefe intellektuelle Niveau und in Folge dessen die größere Abhängigkeit der arbeitenden Bevölkerung, die ungeheure Ferntrennung derselben über ein weites Gebiet hin, die eine Massenbewegung, ein Massenbewußtsein verhindert — alles Dinge, die in Betracht gezogen werden müssen, und doch so leicht vergessen werden.

Hern vom Schauplatz, nur auf die Berichte der Presse oder briefliche Nachrichten angewiesen, die mehr oder minder subjektive Eindrücke wiedergeben, können wir uns natürlich nicht herausnehmen, eine Schätzung der voraussichtlich von der Partei zu erringenden Stimmzahl vorzunehmen zu wollen. Wir können nur, nach unserer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, sagen, daß wenn sich dieselbe auch auf nur eine Million sozialistischer Stimmen erhebt, dies ein geradezu enormes, ein phänomenales Wachstum der Partei bedeutet.

Nur eine Million sozialistischer Stimmen — verzeihen wir uns nur, was das heißt. Die größte Stimmzahl, die wir vor Einführung des Schandgesetzes, in der Hochfluth der sozialistischen Agitation, erhalten, war rund 490,000. Und nun eine Million Stimmen! Für jede einzelne damals, in ungeschränkter Agitation, erhaltene Stimme heute deren zwei! Und damals standen die Gegner fast insgesamt noch auf dem Standpunkt, die soziale Frage zu leugnen, sie predigten noch die Schulze'schen Sparrezepte, heute aber haben sie alle, bis hinab zur deutsch-freisinnigen Partei, unter dem Druck der sozialistischen Agitation Forderungen des Arbeiterschutzes in ihr Programm aufgenommen, heute sind sie alle, alle „sozialreformatorisch“. Wir haben in dieser Hinsicht vielfach heute schwereres Spiel wie damals, namentlich, wo eine politisch ungequillte Bevölkerung in Betracht kommt. Nicht alle Siege, die wir erringen, überlegen sich in Wahlziffern. Die Konzeption, die wir den Gegnern abzwängen, sind gleichermaßen Erfolge, die, selbst wenn sie vorläufig nur nominell sind, insofern von Werth sind, als sie die Position der Arbeiterklasse moralisch stärken.

„Nur“ eine Million sozialistischer Stimmen, weiß man, was das heißt? Das heißt eine sozialistische Bevölkerung von mehr als fünf Millionen Köpfen. Das heißt, in einem Zeitraum von drei Jahren 240,000 sozialistische Stimmen gewonnen, ein Aufschwung, wie ihn die Partei nur einmal, unter ganz abnormen Verhältnissen, von 1881 bis 1884, zu verzeichnen hatte. Damals aber war es wesentlich schon früher befehltes Terrain, das wiedererobert wurde, die Wahlen von 1881 hatten eine erhebliche Stimmenabnahme gegenüber den Wahlen von 1877 und 1878 aufgewiesen. Diesmal aber stehen wir gegenüber dem großartigen Wahlergebnis, das die Partei bisher zu verzeichnen gehabt, dem Ergebnis eines Wahlkampfes, der alle Leidenschaften wachrief und eine Wahlbeteiligung zur Folge hatte, wie sie intensiver nie zuvor stattgefunden. Auch das darf nicht vergessen werden.

Auf weitere Einzelheiten wollen wir heute nicht eingehen. Wir fürchten, Kleinlich zu werden, den Eindruck hervorgerufen, als bezweifeln wir die Wichtigkeit der hoffnungsvollen Berichte, die von allen Seiten aus den Kreisen der Genossen einfließen. Nichts liegt uns fern als das. Daß die Genossen ihr Möglichstes thun, daß die Partei große Erfolge erringen wird, daß sind wir sicher. Der 20. Februar wird ein Siegestag sein, ein glänzendes Datum im Buch der Sozialdemokratie, ein Triumph für die Sache des proletarischen Befreiungskampfes. Aber wir wollen uns die Freude an diesem Triumph nicht dadurch selbst beeinträchtigen, daß wir mit größeren Erwartungen ihm entgegengehen, als er nach Berücksichtigung aller Umstände erfüllen kann. Wir wollen nicht Unmögliches erwarten, um auch das Großartigste noch zu gering finden zu müssen.

Und nun kommt, du herrlicher Tag, dem Hunderttausende, Millionen von Arbeitern entgegenfliegen. Du wirst ein Tag unermesslichen Jubels sein, bringst du uns „nur“ — nein, bringst du uns die, unsere kühnen Erwartungen erfüllende eine Million sozialistischer Stimmen!

### Bürgerliche und proletarische Moral.

Kürzlich drängten sich mir in rascher Reihenfolge zwei Gegenätze auf, die mir um so bedeutungsvoller, symptomatischer erschienen, je unheimlicher und allgählicher die Anlässe waren, bei denen sie hervortraten. Nämlich die Gegenätze zwischen den moralischen Anschauungen des Proletariats und denen der Bourgeoisie.

Der große Klassengegensatz, welcher alle Verhältnisse unseres modernen Lebens beherrscht, tritt nicht nur in der von Grund aus verschiedenen materiellen Lage der beiden Klassen, welche die Pole der heutigen Gesellschaft bilden, in der Erscheinung, sondern auch in der Verschiedenheit ihrer politischen Bestrebungen und in der total verschiedenen Auffassung und Bestätigung ihrer moralischen Begriffe. Der ökonomische Klassengegensatz ist der unerschöpfliche, am meisten ins Gesicht bringende, er ist derjenige, bei welchem sich die menschlich verhältnismäßig am wenigsten Terrain erobern kann, da er allorts und fortwährend in unabweislich illustriert wird. Die gegenwärtige gesellschaftliche Klassenlage lenkt aber geradezu zu wollen vor denjenigen, die sie täglich mit eigenen Augen sehen und auch bitter am eigenen Leibe verspüren, würde heute nur deren lautes Hohnschreien hervorgerufen. Der Gegensatz der politischen Bestrebungen, welcher erst der Ausdruck der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen ist, also zuletzt der ökonomischen Gestaltung der Gesellschaft ist, was für die bürgerliche Menschheit schon etwas leichter zu überbrücken gewesen. Indessen, man weiß sehr längst, daß die idealen Schlagworte, die das politische revolutionäre Fortschrittthum gegen Uebergriffe des feudalen Absolutismus auf seine Fährten schrieb, heute zu Schlagworten herabgesunken sind, welche alle Art wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung seitens des zur Herrschaft gelangten Bürgerthums rechtfertigen müssen.

Das Einzige, was den verschiedenen Klassen der Gesellschaft noch gemeinsam zu sein schien, sind die fittlichen Grundsätze und Begriffe, nach denen die Menschen handeln. Daß die Moral aller Menschen dieselbe, für alle Völker und Bevölkerungsstufen die gleiche, gemeinsame ist oder vielmehr sein sollte, das verständigste Bewußtsein aller Philosophen und Moralisten seit Urzeiten bis auf den heutigen Tag. Für uns aber handelt es sich nicht darum, was früher oder heute sein sollte, sondern was thatsächlich geworden ist, bzw. heute ist. Der modernen sozialistischen Anschauungsweise gemäß — und darin liegt eine Seite ihrer großen wissenschaftlichen Bedeutung — hat sich die Welt in ihrer äußeren Gestaltung der Beziehungen zwischen Mensch und Mensch wie nach hier oder dort ausgefalten moralischen Prinzipien, nach fittlichen Forderungen gerichtet, sondern gerade umgekehrt. Die materialistische Geschichtsauffassung, die allgemeine theoretische Grundlage des modernen Sozialismus, hat einer herrlichen Betrachtungsweise ein für alle Mal ein Ende gemacht. Die sittlichen Anschauungen einer bestimmten Zeit sind daher nicht danach zu beurtheilen, wie sie hätten sein sollen, sondern danach, wie sie wirklich gewesen sind, das heißt nach ihrer praktischen Bestätigung.

So lange die menschliche Gesellschaft in entgegengesetzte Klassen gespalten ist, existiert eine allen Menschen gemeinsame, gleiche Moral nur in den Köpfen von Idealisten. Ihre Forderung einer für alle gleichmäßigen gütigen Moral ist bis heute eine Forderung geblieben. Der feiner Moral allerdings waren alle Menschen, ob hoch- oder niedrig-geboren, gleich. Aber da sie aus den luftigen Höhen theoretischer Wissenschaft auf die Erde hinabsiegt, eben weil sie den irdischen Verhältnissen nie entspricht, so hat sie die Menschen herzlich kalt gelassen. Die Geschichte jener loszugesagten idealistischen Moral steht daher auch auf einer ganz andern Seite geschrieben als die Geschichte der wirklich angewandten menschlichen Moral.

Wir wollen uns hier aber nicht in Allgemeinheiten verlieren. Es soll nur an zwei, dem Sargher dieser Zeiten kürzlich aufgehobenen Beispielen gezeigt werden, wie grundverschieden die Auffassung und Bestätigung gewisser fittlicher Grundsätze bei den Angehörigen verschiedener Klassen unserer modernen Gesellschaft ist. In dem vorliegenden Falle handelt es sich um die Bedeutung des Ehrenwortes. Wir wollen ja, wie jeder recht in den Augen der wirtschaftlich bevorrechteten Klasse ein Ehrenwort wiegt, namentlich wenn sich das Schwergewicht ihrer materiellen Interessen in dem andern Baghale befindet. Erst kürzlich konnte alle Welt wieder dieses erhabene Schauspiel genießen, als die begehrenden Arbeiter gemachte Forderung in persischer Weise brachen, resp. durch förmliche Auslegung derselben zu umgehen suchten. Ein ähnliches Schauspiel hatten wir ja in Deutschland schon während des vergangenen Frühjahrs bei dem westfälischen Streik erlebt.

Wir sind weit entfernt davon, die eben angezogenen Fälle als einzelne oder Ausnahmefälle zu betrachten, aber von Niemand wohl der Bruch des Ehrenwortes massenhaft und systematisch betrachtet als den hochgebildeten Schönen unserer oberen Zehntausend. Bekanntlich müssen zum Zweck der Promotion an den deutschen Universitäten Dissertationen, Arbeiten über irgend ein wissenschaftliches Thema, dessen Wahl meist dem Kandidaten überlassen bleibt, eingereicht werden. Hiermit soll von diesen nur der Beweis eines gewissen Maaßes von Kenntnissen und einer gewissen Befähigung erbracht werden, obgleich die etwas großprophetischen Universitätsstatuten von jenen Arbeiten zugleich eine „Förderung der Wissenschaft“ verlangen. Diese Universitätsstatuten verlangen ferner von dem Einreicher einer Dissertation die schriftlich abgegebene Versicherung auf Ehrenwort, daß die Arbeit von ihm ohne jede fremde, unerlaubte Beihilfe, also völlig selbstständig hergestellt worden ist. Diese geforderte Erklärung wird natürlich in jedem Falle gegeben.

Wer aber jemals Gelegenheit gehabt hat, intimen Einblick in die Entstehungsgeschichte dieser Arbeiten zu erlangen, der wird wissen, ein wie über alle Maßen gewissenloses und schamloses Spiel hierbei — namentlich heutzutage — in vielen, sehr vielen Fällen mit dem Ehrenwort getrieben wird. Die den Arbeiten vom Verfasser beigegebenen eidesstattlichen Versicherungen sind nur in all eine direkte Lüge, die, weil sie einmal akademische Honore ist, ohne jedes Fortbrechen und ohne die geringsten Gewissensbisse, ja, man möchte fast sagen ohne das Bewußtsein der Lüge ausgesprochen wird. Wenn man auf eine so flagranten Verletzung seines Ehrenwortes aufmerksam machen wollte, der würde einem jedenfalls abweisend zur Antwort geben: „Was wollen Sie? Das geschieht ja überall und von allen; das ist nun einmal so.“

Ja, so steht es in der That mit dem Ehrgefühl, mit dem fittlichen Bewußtsein jener Leute, welche gewöhnlich allein die „Ehre“ in Ordnung zu denken zu haben glauben, welche bei jeder lumpigen Gelegenheit ein so äusserst empfindliches Ehrgefühl öffentlich zum Schau tragen. Es sei hier ganz abgesehen von den ebenso lächerlichen wie rüden Klübereien, bei denen verichte ohne gepiekt wird. So weit also ist es gekommen: Wo man eine Verletzung des Ehrgefühls erwarten sollte, da geschieht sie nicht, und wo sie in Wirklichkeit nicht eintritt, dort wird sie geahndet. Welche fittliche Verkommenheit!

In die Einzelheiten der oben gedachten Verlogenheit näher einzugehen, ist überflüssig; jeder Wissende wird diese traurigen Wahrheiten nur bestätigen können, die ganz unzweifelhaft auch denen — selbst-

verständlich nicht im einzelnen, besonderen Falle — bekannt ist, in deren Hand jene Versicherung an Eides Statt gelegt wird. Der Bruch der von offizieller Seite gestellten Bedingung findet also mit deren eigener Sanction statt.

Auf diese skandalöse Sache wird hiermit nicht hingewiesen in der Absicht, sie verschwinden zu machen, das wäre wohl absolut unsichtbar, sondern sie wird hier einfach als ein Symptom jener Verirrung aller sittlichen Begriffe konstatiert, welche mit der Zugehörigkeit zu der in jeder Weise bevorrechteten Klasse, der Bourgeoisie, im Allgemeinen verbunden scheint, und andererseits um in groß bedeutendem Gegensatz hervortreten zu lassen, wie grundverchieden sich ein und derselbe moralische Begriff bei den verschiedenen Gesellschaftsklassen, das heißt im Kopfe des Bourgeois und im Kopfe des Proletariats darstellt.

Dann betrachten wir nun ein ander Bild.

Es war vor Kurzem, im Januar dieses Jahres, als eines Abends im Säbotten von Berlin in dem großen Saale des Stadthaus-Sanssouci eine seiner imposanten Arbeiter-Massenversammlungen stattfand, deren Schauplatz seit einiger Zeit die deutsche Hauptstadt ist, und deren Nähe, Aufmerksamkeit und hohe Begeisterung einen Beweis dafür liefern, mit welchem erhabenen Grade der deutsche Arbeiter für eine der größten Klassen- und Kulturbewegungen, welche die Welt le gesehen, eingetreten gekommen ist. Nachdem der Referent eine scharfe Kritik an der Sozialreform der Regierung gelebt hatte, gelangte folgende Resolution in Vorschlag: Es sei die Pflicht eines jeden Arbeiters, bei der nächsten Reichstagswahl mit dem größten Eifer auf den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten hinzuwirken und den Tag der Wahl als Feiertag zu halten. In der Diskussion hierüber sagte ein Arbeiter vor, über die beiden Punkte der Resolution getrennt abzustimmen, da er gegen den zweiten sei, wenigstens in der vorgeschlagenen Fassung. Er begründete seine Ansicht etwa folgendermaßen: Prinzipiell sei auch er für Punkt zwei. Wenn es aber die Pflicht jeden Arbeiters erklärt werde, den Wahltag als Feiertag zu halten, also an demselben die Arbeit ruhen zu lassen, so übernehme der für diese Resolution stimmende Arbeiter auch die heilige Verpflichtung, sein bei der Abstimmung gegebenes Wort zu halten. Denn die Zustimmung zu einer Resolution sei seiner Meinung nach einem gegebenen Ehrenworte gleich zu erachten und müsse daher unbedingt gehalten werden. Nun könne es aber wohl geschehen, daß der eine oder der andere Arbeiter, der sich zur Haltung des Feiertags verpflichtet habe, unter den heutigen traurigen Verhältnissen, in der sicheren Voraussetzung einer Vorgehensweise seitens seines Arbeitgeber, von der Erfüllung dieser seiner Verpflichtung abstehe und sein Wort breche, sich also dadurch mit einem sittlichen Makel behalte. Wie sehr auch in solchem Falle die Rücksicht auf die Sorge für Weib und Kind jene Nichterfüllung erzwingen möge, der Bruch eines gegebenen Wortes sei unmoralisch und müsse unbedingt vermieden werden. Er empfehle daher, den ersten Punkt der Resolution anzunehmen, den zweiten aber fallen zu lassen.

Die von einem hohen sittlichen Grade durchdrachten Ausführungen des Arbeiters fanden zunächst bei einem großen Theil der versammelten Tausende lebhaften Anklang; sie waren offenbar der Ansicht seiner Inertheit, wohlüberdachten Ueberzeugung. Seine Worte machten auch auf mich einen tiefen Eindruck.

Und das sind einfache, schlichte Arbeiter, welche diese hohe Auffassung von einem einmal gegebenen Ehrenworte haben, das in dem vorliegenden Falle die Bourgeoisemoral vielleicht gar nicht einmal als ein Ehrenwort anerkennen würde, da es formell ein solches nicht darstellt. Wo fände man bei unserer sittlich total verkümmerten und verlotterten Bourgeoisie eine derartig sein durchgebildete, wahrhaft vornehme, moralische Auffassung des Ehrbegriffes? Man vergleiche hierzu das oben gegebene Beispiel, wie die Götter der griechischen Bourgeoisie den Ehrbegriff handhabt, wie er bei ihr zur heidnischen, nichtstehenden Phrasologie geworden ist. Ueber diesen scharfen Gegensatz indessen noch ein Wort verlieren zu wollen, würde nur ihn abschwächen heißen.

Trotz des Anklangs, den die geschilderte Rede gefunden hatte, wurde die Resolution im Ganzen angenommen. Ein anderer Arbeiter nämlich, der gleichfalls mit dem ganzen Eifer seiner Ueberzeugung auftrat, entgegnete ungefähr: Er müsse die prinzipielle Berechtigung des gemachten Einspruches in gewissem Grade anerkennen. Allein hier handle es sich um eines der wesentlichsten Volksworte, dessen Gefährdung dadurch, daß seine Ausübung auf einen Arbeitstag fällt, auf der Hand liege. Für viele werde allein hierdurch das Wahlrecht völlig illusorisch. Es handle sich vielmehr darum, die Wahlfreiheit energisch zu verteidigen und in einer massenhaften Demonstration dafür mit Nachdruck einzutreten. Dies gelte am besten, indem man den Wahltag ganz allgemein zu einem Feiertag mache und damit seine Verletzung auf einen Sonntag erzwinge. Er sei überzeugt, daß sich nur wenige Arbeiter hier aus Furcht vor Nachtheilen dazu bestimmen lassen würden, trotz ihrer Zustimmung zu der Resolution am Wahltag zu arbeiten. Die Arbeiter brähten übrigens für ihre Rechte gern ein Opfer dar. Die Ueberwältigung der deutschen Arbeiterklasse habe sich oft glänzend bewährt und ihr Ruhm und Ehre eingetragen. Aber ohne Opfer sei auch nichts zu gewinnen. Und falls wirklich einige Genossen, die sich in großem Zwangszustand befänden, sich trotzdem am gedachten Tage zur Arbeit entschließen, so wäre eine solche Handlungsweise nicht ohne Weiteres zu verdammen und mit dem Bruch eines gegebenen Ehrenwortes auf gleiche Höhe zu stellen. Wer die Tage der arbeitenden Klasse feiere, würde für solche Handlung wohl eine Entschädigung finden.

Diese Rede fand donnernden Beifall und die Resolution einstimmige Annahme.

Nie empfand ich eine größere Achtung vor der moralischen Größe des aufsteigenden Proletariats als an jenem Abend.

## Die Sozialdemokratie in Dänemark.

Vom Hauptvorstand der dänischen Sozialdemokratie erhalten wir unter diesem Titel folgende Aufschrift:  
Die allgemeinen Wahlen zu dem dänischen Folkething (Abgeordnetenversammlung) fanden am 21. Januar ds. Js. statt. Bei diesen Wahlen

## Feuilleton.

### Bücherchau sozialistischer Dichterverke.

III.

Karl Hendell, Drame. Zürich 1890. Verlags-Magazin. (3. Schönböck.)

Die Kunstkritik fällt nicht in den Rahmen dieses Blattes, noch fühlen wir selbst etwas von dem Beruf des Kunstkritikers in uns. Uns geht an dieser Stelle nur Inhalt und Tendenz der Dichterverke an, mit denen wir uns zu befassen haben; Sprache, Form u. dergleichen nur in soweit, als absolut geboten ist, um zu entscheiden, ob wir es mit lächerlichen Worten zu thun haben oder nicht. Dennoch glauben wir einige Worte über die Kunstrichtung voranzuschieben zu sollen, der der Verfasser der vorliegenden Gedichtsammlung angehört.

Angedeutet ist vielleicht schon zuviel gesagt, denn Karl Hendell folgt nicht überall der sogenannten naturalistischen Schule. Aber er ist unweifelhaft durch sie hindurchgegangen und steht noch hart unter ihrem Einfluß. Er gefällt sich in ihrer Auffassungs- und Ausdrucksweise, leidet auch in ihren Uebertreibungen.

Unabweisbar liegt dem modernen Naturalismus, wie ihn Emile Zola verkörpert, ein sehr berechtigter Gedanke zu Grunde. Hat jedoch schon Zola das Prinzip der Naturwahrheit sehr einseitig genommen und übertrieben, so haben seine Nachfolger es bis zum Ausmaß des Platten und Ordinären verzerrt. Sie glauben dadurch ihre besondere Tendenz, wahr zu sein, zu bekräftigen, und handelten doch nur nach der Logik jener unangenehmen Geistes, die Hegel für Freimüthigkeit, Hochmut und Scham für Natürlichkeit halten. Verstehe ich die Natürlichkeit, indem ich mich wasche? Oder bin ich unnatürlich, wenn ich mich, behufs Verrichtung bestimmter körperlicher Funktionen, aus der Gesellschaft entferne? Im abstrakten Sinne, ja. Aber wir leben nicht im Naturzustand, wir haben im Laufe der Entwicklung andere Bedürfnisse und Gewohnheiten angenommen, nicht bloß grob-materielle, sondern auch geistige und sittliche Natur. Ueber den

Wert dieser derselben kann man streiten, aber sie sind da, und ein Karr, der ohne zum Thierbale zu zurückkehren, mit ihnen tabula rasa machen will. Diese sittlichen und ethischen Begriffe hängen von den materiellen Lebensbedingungen ab, sie wechseln nicht nur von Epoche zu Epoche, sondern auch von Klasse zu Klasse. Der Wilde, der Barbar, der Zivilisierte haben jeder andere ethische Vorstellungen, ebenso aber auch der Geldhure, der Kleinbürger, der Proletarier unserer Zeit. So wenig man die verlogene Ueberlieferung in den sogenannten höheren Klassen, so wenig werden die Lebensgewohnheiten der niedergedrückten Land- u. Proletarier als ererbendes Vererbtes fest hingelegt werden können.

Das aber vergesse die Herren Naturalisten. Sie haben den Gegensatz zur Ueberlieferung in der Nothwendigkeit, den Gegensatz zur Prädiktion im Schmutz. Ihr Grundgesetz ist: Naturalis non sunt turpis — die natürlichen Dinge und Vorgänge sind nicht schmutzig. Nun ja, schmutzig ist es gewiß nicht, vom Gesichtspunkte der Verdaulichkeit, aber es ist zum guten Theil erforderlich, was, um zu gebären, als seien wir Wesen ohne Unterleib, wie Hauskünstler sie auf den Jahrmärkten zeigen. Aber wir nehmen weder den Gesichtspunkte der Verdaulichkeit vor, noch lassen wir uns von diesen Naturgesetzen leiten, wenn unser Körper die unendlichen Stoffe abgibt, wir entziehen ihnen in dem einen Falle die Rücksicht auf uns, in dem andern mit Rücksicht auf die unsere Publikum. Das vergessen jedoch oder missachten die Herren von der jüngeren naturalistischen Schule; sie laden uns zu diesen Dingen zu Gaste, wie der Händler mit gewissen Photographien, die auch sehr naturwahr sind. Was sie genießen, wer Gefallen daran findet, aber Kunst sind sie nicht.

Wir bedauern nun wirklich, um unsere Ausstellungen vorweg zu erledigen, Karl Hendell nur zu oft auf den Wegen jener Schule begehren zu müssen. Wie er überhaupt der Sucht fröhnt, Kraftausdrücke zu bilden und dabei zu theils sehr ungeschicklichen, theils aber zugleich ganz sinnlosen Wortverrenkungen kommt, so scheint er auch eine ganz besondere Freude an vulgären Ausdrücken und Bildern zu finden. Ein drastisches Beispiel ist der Jurelcher, „Gemeinlichkeiter“ überfrieren. Wenn Stöcker und Kirchbach auf Helms sitzen, So ist Gott den Herrn auf den Pappi zuzürzen.“

Die dänische Sozialdemokratie in Dänemark beruht in organisatorischer Hinsicht ursprünglich auf Fachorganisationen, welche unter einer gemeinschaftlichen Zentralführung und einem gemeinschaftlichen sozialistischen Programm verbunden waren. Diese ursprünglichen Fachorganisationen bestehen noch und sind sowohl an Zahl als an Größe beinahe geblieben. In Kopenhagen allein bestehen 10 Fachvereine und beinahe in allen Provinzialstädten sind die Arbeiter in großer Ausdehnung gewerkschaftlich organisiert.

In organisatorischer Hinsicht haben indessen die Fachvereine aufgehört, die eigentliche Grundlage für unsere Partei zu bilden. Diesem hat nicht zu verstanden werden, daß die Fachvereine sich vom Sozialismus losgesagt haben. Reineswegs. Auf dem zuletzt abgehaltenen Parteitag in Kopenhagen (Juni 1888), der 135 Delegirte für im Ganzen 123 Vereine wählte, wurde ein Antrag, der die primitiv-kapitalistische Produktion verdammt und die sozialistischen Prinzipien anerkennt, durch Klammation angenommen.

Die Umwandlung der organisatorischen Grundlage der Sozialdemokratie in Dänemark wurde dadurch herbeigeführt, daß die Arbeiter einsehen lernten, daß sie den Kampf für die Emanzipation der Arbeit in höherem Grade in das politische Gebiet herüberführen mußten, als es die Fachorganisationen zu thun vermochten. Daher wurden besondere politische sozialdemokratische Vereine gebildet mit dem Zwecke, die sozialistischen Prinzipien zu verbreiten und für deren Durchführung auf politischem Wege zu kämpfen.

Es bestehen zur Zeit 80 solcher Vereine in Dänemark, die in einem gemeinschaftlichen Bund vereinigt sind. Der ursprüngliche Rahmen wurde 1878 in Kopenhagen gebildet, aber erst nach dem Jahre 1884, wo es unfer Partei gelang, die Wahl von zwei sozialistischen Vertretern zum dänischen Folkething durchzuführen, begann die eigentliche Ausdehnung unserer politischen Organisation über das ganze Land. Die weit überwiegende Anzahl unserer politischen Vereine sind seitdem im Leben getreten, und besonders ist es gelungen, in steigendem Grade die Landarbeiterbewegung für den Sozialismus zu gewinnen.

Die dänische Sozialdemokratie wirkt theils durch 5 Tagesblätter, theils durch die Verbreitung sozialistischer Schriften und theils durch mündliche Agitation.

Von den 5 Tagesblättern, die von unserer Partei herausgegeben werden, erscheint das eine in Kopenhagen in einer täglichen Auflage von ca. 22,000 Exemplaren. Die übrigen 4 erscheinen in Jütland, Besondere in den Städten Aarhus, Horsens, Randers und Aalborg.

Die sozialistischen Schriften, die von unserer Partei herausgegeben werden, sind theils originale, theils überfrieren Arbeiten. Von den überfrieren nennen wir hier nur die folgenden:

Karl Marx, „Das Kapital“, 1. und 2. Band.

„Das kommunistische Manifest“.

August Bebel, „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“.

August Bebel, „Unsere Ziele“.

Wih. Bracke, „Nieder der Sozialdemokraten“.

Fried. Engels, „Entstehung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

Fried. Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“.

Wih. Liebknecht, „In Schutz und Trug“.

Schramm, „Grundzüge der Nationalökonomie“.

Domela Nieuwenhuis, „Kapital und Arbeit“.

Wenolt Wilson, „L'histoire du Socialisme“.

„Geschichtliches und Privat-Eigentum“. Nach Paul Lafargue und Jules Guesde.

Die weit überwiegende Anzahl der von unserer Partei herausgegebenen Schriften, sowohl die originalen wie die überfrieren, sind in unserer Hauptorgane, dem „Sozial-Demokraten“, das wie erwähnt in 22,000 Exemplaren täglich erscheint, veröffentlicht worden. Ferner sind sie alle in Sonderabdruck erschienen und haben in einer sehr großen Anzahl Exemplare über das ganze Land Abnahme gefunden.

Das politische Wahlrecht hier im Lande ist vielfach beschränkt. Erst wenn ein Mann 30 Jahre alt geworden ist, wird er wahlberechtigt. Außerdem gibt es eine große Menge anderer Beschränkungen. Wenn z. B. Jemand Armenhilfe erhalten hat, so verliert er sein Wahlrecht, und dies in der Regel auf Lebenszeit.

Auch das Wahlsystem ist sehr schlecht. Zur Wahl eines Abgeordneten bedarf es nur der relativen Mehrzahl der abgegebenen Stimmen. In Folge dessen findet keine Stichwahl statt, und ein Kandidat kann durch eine Minderheit der abgegebenen Stimmen erwählt werden, wenn in dem bezüglichen Kreise mehr als zwei Kandidaten aufgestellt wurden.

Die Regierung, die zur Zeit in Dänemark am Ruder ist, erweist nur Kraft der von ihr begangenen Verfassungsbrüche. Sie regiert durchaus absolutistisch auf Grund einer Reihe provisorisch erlassener Gesetze. In den letzten 5 Jahren hat die Regierung die Genehmigung ordentlicher Finanzgesetze verhindert. Sie hält den Reichstag nach Hand, erläßt sodann provisorische Finanzgesetze und macht auf Grund derselben eine Reihe von Ausgaben, die das Folkething zu bewilligen ausdrücklich verweigert hat.

Die Regierung wirt jährlich ungeheure Summen für militärische Zwecke hinaus, und es sind besonders diese Ausgaben, worüber die Regierung und das Folkething sich beinahe streiten. Die Regierung hat eine Forderung um Kopenhagen angelegt, obgleich das Folkething

Wiederholt das Geld hiezu ausdrücklich verweigert hat. Von dem jetzigen Reichstag verlangt die Regierung allein für ein Finanzjahr nicht weniger als circa 40 Millionen Kronen, obgleich die ganzen Einnahmen der Staatskasse nur circa 54 Mill. Kronen betragen. Wenn der Reichstag selbstverständlich diese für eine Verdüsterung von 2 Millionen Kronen wahlständig hohen Militärausgaben nicht bewilligt, wird die Folge sein, daß die Regierung, wie früher, das Geld ohne Genehmigung nimmt. Durch ihre enormen Ausgaben für den Militarismus wird die Regierung binnen nicht langer Zeit die Staatskasse und die jetzigen finanziellen Hülfsmittel des Landes völlig geleert haben. Sie verarmt das Land durch ihre militärische Verwahrlosung vollständig.

Außer den provisorischen Finanzgesetzen und Militärausgaben hat die Regierung auch eine Reihe anderer provisorischer Gesetze erlassen, die als Unterdrückungsmittel gegen die Bevölkerung zu funktionieren haben. Es sind ferner ausgehelt worden:

1) Ein provisorisches Pressegesetz, das die Presse besonders dadurch zu unterdrücken befreit, daß es die Redakteure von Tagesblättern und Zeitschriften zur Angelderei zwingt.

2) Ein provisorisches Strafgesetz, das jede für die Regierung unangenehme Äußerung in Rede oder Schrift mit Strafen bedroht.

3) Ein provisorisches „Hilfsgesetz“, das zum Zweck hat, der Bevölkerung die Beschaffung von Waffen zu verbieten.

4) Ein provisorisches Gesetz über die Errichtung eines militärischen Gendarmeriekorps. Dieses Korps von Nichtsoldaten ist dazu instruiert, eventuell die Bevölkerung niederzuschlagen, und es hat schon wiederholt unbewaffneten zivilen Personen gegenüber von seiner Instruktion Gebrauch gemacht.

Gleichzeitig damit, daß die dänische Sozialdemokratie sowohl durch die Wahlen als zu jeder andern Zeit thätig ist, sich ausgedehnt und dem Sozialismus Anhänger zu gewinnen, gebietet unsere Autokratie uns zugleich, die Regierung so energisch wie nur möglich zu bekämpfen. Dies, in Verbindung mit dem heiligen Wahlrecht, bewirkt, daß unsere Partei nicht, wie die Sozialdemokratie in Deutschland, Jährkandidaten aufstellen kann, um unsere Parteiliche zu messen. Eine solche Taktik würde zur Folge haben, daß wir dazu beitragen, den Anhängern der Regierung den Wahlsieg in die Hände zu spielen.

Vor dem Jahre 1884 stellte die dänische Sozialdemokratie gewöhnlich nur einen Kandidaten auf, und zwar in dem größten Arbeiterkreis des Landes, dem 5. Kopenhagener Kreis. Bei den Wahlen 1884 stellten wir dagegen 3 Kandidaten auf, alle in Kopenhagener Kreisen. Es gelang uns damals, die Wahl von zwei Kandidaten, die zusammen 6000 Stimmen erhielten, durchzuführen. Insgesamt wurden für unsere drei Kandidaten 6908 Stimmen abgegeben.

Bei den Wahlen 1887 stellte unsere Partei 4 Kandidaten auf, nämlich 3 in Kopenhagen und 1 in der Provinzialstadt Odense. Die 3 Kandidaten in Kopenhagen wurden ausschließlich gegen die Regierungspartei aufgestellt. Unser Kandidat in Odense kämpfte dagegen sowohl gegen einen der Anhänger der Regierung als gegen einen Kandidaten der Linken. In 1887 gelang es uns nur, die Wahl eines unserer Kandidaten durchzuführen, und zwar in dem 5. Kopenhagener Wahlkreis, mit einer Anzahl von 6751 Stimmen. Für sämtliche 4 sozialistische Kandidaten wurden 8408 Stimmen abgegeben.

Bei den Wahlen am 21. ds. Js. stellte, wie erwähnt, unsere Partei 10 Kandidaten auf, nämlich drei in Kopenhagener Kreisen und sieben in Provinzial-Wahlkreisen. Fünf unserer Kandidaten wurden ausschließlich gegen Kandidaten der Regierungspartei aufgestellt, einer kämpfte sowohl gegen einen Regierungskandidaten als gegen einen der Linken, und vier unserer Kandidaten kämpften ausschließlich gegen Kandidaten der Linken. In drei der Wahlkreise, wo wir bei dieser Wahl Kandidaten aufstellten, gehören die Wähler ausschließlich oder so gut wie ausschließlich dem Bauernstande an.

Wie erwähnt, wurden bei dieser Wahl für sämtliche zehn Kandidaten 17,232 Stimmen abgegeben. Es gelang, die Wahl von drei Kandidaten durchzuführen, welche zusammen 10,442 Stimmen erhielten. Zwei derselben, P. Holm und G. Hørdum, wurden in Kopenhagen gewählt, der dritte, Harald Jensen, in Jütland, in einem Wahlkreis, wo die Wähler ausschließlich dem Bauernstande angehören.

Die dänische Sozialdemokratie hat demnach mit großem Erfolg und bedeutendem Fortschritt für die Verbreitung des Sozialismus gearbeitet. Sie hat sich zugleich in einer politischen Macht emporgeschoben, die die übrigen heiligen politischen Parteien anzuerkennen gezwungen sind. Kopenhagen, 8. Febr. 1890.

Mit sozialistischem Gruß!

Im Namen des Hauptvorstandes der dänischen Sozialdemokratie:  
P. Knudsen,  
Geschäftsführer, Rømersgade 22.

Dem vorstehenden Mandatschreiben, das wir nicht nur aus internationaler Kollegialität, sondern auch wegen seiner sachlichen Darlegung der Auffassung der offiziellen dänischen Partei mit Vergnügen zum Abdruck gebracht haben, lag ein ausführlicher Begleitbrief bei, dessen Abdruck der Schreiber aus ebenbürtigen Gründen. Wir müssen jedoch schon des knappen Raumes halber darauf verzichten, abgesehen davon, daß der Brief nach unserer Meinung nur die Wirkung haben würde, noch viel ins Feuer des eifersüchtigen Zweites zu gießen. Nichts liegt uns indessen ferner als das. Wir haben beide Richtungen zum Wort kommen lassen, weil wir ein Ausprechen vorhandener Gegensätze für besser halten als ein Todtschweigen, aber wir haben unser Möglichstes gethan, alle persönlichen Invektiven u. aus unfernen Spalten fern zu halten.

Daß wir beiden Richtungen als „zwei gleichberechtigte Parteien“ Gelder verleiht, wird uns von P. Knudsen, dem Sekretär der Hauptpartei, von besonderem Vorwurf gemacht. „Wir danken Ihnen für diese Gleichstellung nicht“, schreibt er, „und er glaubt uns mit dem Hinweis auf unsere schwarze Liste zu schlagen. Was würden wir dazu sagen, wenn die dänischen Genossen die dort gekennzeichneten Personen als gleichberechtigt mit der deutschen Partei behandeln wollten? Nun, so

Die Kraft liegt hier bloß in dem Wort „sorgen“, während der Vergleich selbst ungenügend matt und nichtstehend ist. Und grade auf ihn wäre es doch angekommen. In einem andern Gedicht „Materialismus“, das gegen den großen Materialismus gerichtet ist, lautet der Schlusssatz: „Thoren ihr! Der Triebstar“ wüßte Wüßte Ist eines Dichters Geisteskrankheit.

Der Dichter liebt den Wüßte im Gemüthe, Prinz Weichhörn liebt nur, wenn er „Dümmen moßt“.

Ob der Dichter nöthig hat, um „Prinz Weichhörn“ zu charakterisieren, sich aus dessen Ausdrücken zu bedienen, wird man billig bezweifeln dürfen. Hier hätten wir um so lieber darauf verzichtet, als wir um des Genusses der Schlussworte willen das noch abschließendere „Geisteskrankheit“ in den Kauf nehmen müssen.

Man wird uns nicht mißverstehen. Nichts liegt uns ferner, als prübe Anstandsmeierei. Auch das derbe Wort hat seine Berechtigung, aber es darf dem Dichter nur Werkzeug sein, nicht ihn beherrschen. Güthe, Feinheit, Herwegh, Meerich, die Altmüller der Lyrik und der sozialen Poetik, haben sich nicht gehütet, sehr unvorsichtig zu werden; aber doch nur, wo der Gegenstand es erforderte. Sie haben in ihren Gedichten den freien Liebesgenuß verberichtet, aber die bloße Weichheit zu verberichten, ist ihnen nie eingefallen. Dieses ist kein Gegenstand der Poetik, so wenig wie die Fete. Sobald man die „Wahrheit“ so weit treibt, soll man lieber gleich hübsch bei der natürlichen Sprechweise bleiben.

Wenn man nun Hendell auch nicht vorwerfen kann, daß er die Weichheit verberichtet, so läßt sich ihm doch der Vorwurf nicht ersparen, daß er mit ihr befehllich kokettirt und ebenso mit der Fete. Das ist eine Schwäche, von der er sich emanzipiren muß und auch, wie eine ganze Reihe anderer schöner wie fetter Gedichte zeigen, emanzipiren kann, ohne „geschlechtslos“ zu werden.

Noblesse oblige! Das hätte Karl Hendell auch in anderer Hinsicht herbedürftigen sollen. Wie aus dem Umschlag des vorliegenden Buches hervorgeht, ist das „Drama“ bei Weitem nicht die erste Gedichtsammlung, die Hendell veröffentlicht. Unter diesen Umständen dürfte er schon etwas mehr Selbstkritik üben und manches recht werthlose Erzeugniß einer müßigen Stunde beiseite legen. Man kann von einem Dichter

Wiederholt das Geld hiezu ausdrücklich verweigert hat. Von dem jetzigen Reichstag verlangt die Regierung allein für ein Finanzjahr nicht weniger als circa 40 Millionen Kronen, obgleich die ganzen Einnahmen der Staatskasse nur circa 54 Mill. Kronen betragen. Wenn der Reichstag selbstverständlich diese für eine Verdüsterung von 2 Millionen Kronen wahlständig hohen Militärausgaben nicht bewilligt, wird die Folge sein, daß die Regierung, wie früher, das Geld ohne Genehmigung nimmt. Durch ihre enormen Ausgaben für den Militarismus wird die Regierung binnen nicht langer Zeit die Staatskasse und die jetzigen finanziellen Hülfsmittel des Landes völlig geleert haben. Sie verarmt das Land durch ihre militärische Verwahrlosung vollständig.

Außer den provisorischen Finanzgesetzen und Militärausgaben hat die Regierung auch eine Reihe anderer provisorischer Gesetze erlassen, die als Unterdrückungsmittel gegen die Bevölkerung zu funktionieren haben. Es sind ferner ausgehelt worden:

1) Ein provisorisches Pressegesetz, das die Presse besonders dadurch zu unterdrücken befreit, daß es die Redakteure von Tagesblättern und Zeitschriften zur Angelderei zwingt.

2) Ein provisorisches Strafgesetz, das jede für die Regierung unangenehme Äußerung in Rede oder Schrift mit Strafen bedroht.

3) Ein provisorisches „Hilfsgesetz“, das zum Zweck hat, der Bevölkerung die Beschaffung von Waffen zu verbieten.

4) Ein provisorisches Gesetz über die Errichtung eines militärischen Gendarmeriekorps. Dieses Korps von Nichtsoldaten ist dazu instruiert, eventuell die Bevölkerung niederzuschlagen, und es hat schon wiederholt unbewaffneten zivilen Personen gegenüber von seiner Instruktion Gebrauch gemacht.

Gleichzeitig damit, daß die dänische Sozialdemokratie sowohl durch die Wahlen als zu jeder andern Zeit thätig ist, sich ausgedehnt und dem Sozialismus Anhänger zu gewinnen, gebietet unsere Autokratie uns zugleich, die Regierung so energisch wie nur möglich zu bekämpfen. Dies, in Verbindung mit dem heiligen Wahlrecht, bewirkt, daß unsere Partei nicht, wie die Sozialdemokratie in Deutschland, Jährkandidaten aufstellen kann, um unsere Parteiliche zu messen. Eine solche Taktik würde zur Folge haben, daß wir dazu beitragen, den Anhängern der Regierung den Wahlsieg in die Hände zu spielen.

Vor dem Jahre 1884 stellte die dänische Sozialdemokratie gewöhnlich nur einen Kandidaten auf, und zwar in dem größten Arbeiterkreis des Landes, dem 5. Kopenhagener Kreis. Bei den Wahlen 1884 stellten wir dagegen 3 Kandidaten auf, alle in Kopenhagener Kreisen. Es gelang uns damals, die Wahl von zwei Kandidaten, die zusammen 6000 Stimmen erhielten, durchzuführen. Insgesamt wurden für unsere drei Kandidaten 6908 Stimmen abgegeben.

Bei den Wahlen 1887 stellte unsere Partei 4 Kandidaten auf, nämlich 3 in Kopenhagen und 1 in der Provinzialstadt Odense. Die 3 Kandidaten in Kopenhagen wurden ausschließlich gegen die Regierungspartei aufgestellt. Unser Kandidat in Odense kämpfte dagegen sowohl gegen einen der Anhänger der Regierung als gegen einen Kandidaten der Linken. In 1887 gelang es uns nur, die Wahl eines unserer Kandidaten durchzuführen, und zwar in dem 5. Kopenhagener Wahlkreis, mit einer Anzahl von 6751 Stimmen. Für sämtliche 4 sozialistische Kandidaten wurden 8408 Stimmen abgegeben.

Bei den Wahlen am 21. ds. Js. stellte, wie erwähnt, unsere Partei 10 Kandidaten auf, nämlich drei in Kopenhagener Kreisen und sieben in Provinzial-Wahlkreisen. Fünf unserer Kandidaten wurden ausschließlich gegen Kandidaten der Regierungspartei aufgestellt, einer kämpfte sowohl gegen einen Regierungskandidaten als gegen einen der Linken, und vier unserer Kandidaten kämpften ausschließlich gegen Kandidaten der Linken. In drei der Wahlkreise, wo wir bei dieser Wahl Kandidaten aufstellten, gehören die Wähler ausschließlich oder so gut wie ausschließlich dem Bauernstande an.

Wie erwähnt, wurden bei dieser Wahl für sämtliche zehn Kandidaten 17,232 Stimmen abgegeben. Es gelang, die Wahl von drei Kandidaten durchzuführen, welche zusammen 10,442 Stimmen erhielten. Zwei derselben, P. Holm und G. Hørdum, wurden in Kopenhagen gewählt, der dritte, Harald Jensen, in Jütland, in einem Wahlkreis, wo die Wähler ausschließlich dem Bauernstande angehören.

Die dänische Sozialdemokratie hat demnach mit großem Erfolg und bedeutendem Fortschritt für die Verbreitung des Sozialismus gearbeitet. Sie hat sich zugleich in einer politischen Macht emporgeschoben, die die übrigen heiligen politischen Parteien anzuerkennen gezwungen sind. Kopenhagen, 8. Febr. 1890.

Mit sozialistischem Gruß!

Im Namen des Hauptvorstandes der dänischen Sozialdemokratie:  
P. Knudsen,  
Geschäftsführer, Rømersgade 22.

Dem vorstehenden Mandatschreiben, das wir nicht nur aus internationaler Kollegialität, sondern auch wegen seiner sachlichen Darlegung der Auffassung der offiziellen dänischen Partei mit Vergnügen zum Abdruck gebracht haben, lag ein ausführlicher Begleitbrief bei, dessen Abdruck der Schreiber aus ebenbürtigen Gründen. Wir müssen jedoch schon des knappen Raumes halber darauf verzichten, abgesehen davon, daß der Brief nach unserer Meinung nur die Wirkung haben würde, noch viel ins Feuer des eifersüchtigen Zweites zu gießen. Nichts liegt uns indessen ferner als das. Wir haben beide Richtungen zum Wort kommen lassen, weil wir ein Ausprechen vorhandener Gegensätze für besser halten als ein Todtschweigen, aber wir haben unser Möglichstes gethan, alle persönlichen Invektiven u. aus unfernen Spalten fern zu halten.

Daß wir beiden Richtungen als „zwei gleichberechtigte Parteien“ Gelder verleiht, wird uns von P. Knudsen, dem Sekretär der Hauptpartei, von besonderem Vorwurf gemacht. „Wir danken Ihnen für diese Gleichstellung nicht“, schreibt er, „und er glaubt uns mit dem Hinweis auf unsere schwarze Liste zu schlagen. Was würden wir dazu sagen, wenn die dänischen Genossen die dort gekennzeichneten Personen als gleichberechtigt mit der deutschen Partei behandeln wollten? Nun, so

Die Kraft liegt hier bloß in dem Wort „sorgen“, während der Vergleich selbst ungenügend matt und nichtstehend ist. Und grade auf ihn wäre es doch angekommen. In einem andern Gedicht „Materialismus“, das gegen den großen Materialismus gerichtet ist, lautet der Schlusssatz: „Thoren ihr! Der Triebstar“ wüßte Wüßte Ist eines Dichters Geisteskrankheit.

Der Dichter liebt den Wüßte im Gemüthe, Prinz Weichhörn liebt nur, wenn er „Dümmen moßt“.

Ob der Dichter nöthig hat, um „Prinz Weichhörn“ zu charakterisieren, sich aus dessen Ausdrücken zu bedienen, wird man billig bezweifeln dürfen. Hier hätten wir um so lieber darauf verzichtet, als wir um des Genusses der Schlussworte willen das noch abschließendere „Geisteskrankheit“ in den Kauf nehmen müssen.

Man wird uns nicht mißverstehen. Nichts liegt uns ferner, als prübe Anstandsmeierei. Auch das derbe Wort hat seine Berechtigung, aber es darf dem Dichter nur Werkzeug sein, nicht ihn beherrschen. Güthe, Feinheit, Herwegh, Meerich, die Altmüller der Lyrik und der sozialen Poetik, haben sich nicht gehütet, sehr unvorsichtig zu werden; aber doch nur, wo der Gegenstand es erforderte. Sie haben in ihren Gedichten den freien Liebesgenuß verberichtet, aber die bloße Weichheit zu verberichten, ist ihnen nie eingefallen. Dieses ist kein Gegenstand der Poetik, so wenig wie die Fete. Sobald man die „Wahrheit“ so weit treibt, soll man lieber gleich hübsch bei der natürlichen Sprechweise bleiben.

Wenn man nun Hendell auch nicht vorwerfen kann, daß er die Weichheit verberichtet, so läßt sich ihm doch der Vorwurf nicht ersparen, daß er mit ihr befehllich kokettirt und ebenso mit der Fete. Das ist eine Schwäche, von der er sich emanzipiren muß und auch, wie eine ganze Reihe anderer schöner wie fetter Gedichte zeigen, emanzipiren kann, ohne „geschlechtslos“ zu werden.

Noblesse oblige! Das hätte Karl Hendell auch in anderer Hinsicht herbedürftigen sollen. Wie aus dem Umschlag des vorliegenden Buches hervorgeht, ist das „Drama“ bei Weitem nicht die erste Gedichtsammlung, die Hendell veröffentlicht. Unter diesen Umständen dürfte er schon etwas mehr Selbstkritik üben und manches recht werthlose Erzeugniß einer müßigen Stunde beiseite legen. Man kann von einem Dichter

liegt die Sache denn doch nicht. In der „schwarzen Liste“ sind Personen gebrandmarkt, die unehrenhafte Handlungen begangen, hier handelt es sich aber um tatsächliche Differenzen, und da würde selbst ein Einzelner das Recht beanspruchen dürfen, gegen eine Mehrheit als gleichberechtigt gebürt zu werden. Die Masse entscheidet nicht, wer objektiv Recht hat; sie wählt nur aus, sie ist ebenfalls Irrthütern unterworfen.

Wir sagen das nicht, um Partei zu ergreifen. Dazu stehen wir den Verhältnissen zu fern. Sollen wir aber unsere subjektive Meinung abgeben, so geht dieselbe dahin, daß uns die Opposition nicht frei von einem gewissen Dogmatismus zu sein scheint, während wir der Parteileitung den Vorwurf nicht erheben können, auch der objektivsten Kritik mit einer Empfindlichkeit zu begegnen, die in keiner politischen Partei, am wenigsten aber in der sozialistischen am Platze ist. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß mit weniger Empfindlichkeit und weniger Geizigkeit, jede Opposition als von Gegnern gekauft hinzustellen, der ganze Konflikt der Partei hätte erloschen werden können. Gerade der Umstand, daß sie die große Majorität für sich haben, sollte die Gewissen von der Hauptpartei abhalten, zu Kampfmitteln zu greifen, die auf den objektiven Beobachter den Eindruck terroristischer Intoleranz machen müssen und im Uebrigen nichts erzielen, als Verbitterung. Je eher sie darauf verzichten, um so schneller wird die Gesamtpartei die jetzige Krise überwinden.

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 19. Februar 1890.

### — Aus Deutschland wird uns geschrieben:

„Häufige Tage vor der Wahl. Ich kann's nur wiederholen: es ist eine Lust zu leben.“ Einen Bericht über den Stand der Wahlbewegung geben — unvollständig. Es ist ein wogendes Meer, eine sich vorwärts wälzende Springfluth — elementarartig — da hört jede Schilderung auf. Und woher die Zeit nehmen? Hatte ich jetzt Zeit, so wäre ich nicht werth, ein Sozialdemokrat zu sein. Jetzt gibt es nur einen Gedanken, nur ein Streben: den Feind schlagen, der Sache der Menschheit einen Sieg zu erkämpfen. Es sieht Jeder im Feind. Tout est soldat — Alles ist Soldat, wie 1792 in Frankreich, als das Vaterland in Gefahr war und die Revolution gerettet werden mußte.

Die Feinde sind entmannt durch die Macht unseres Angriffs und den Mangel einer Wappparole und einheitlicher Führung. Die „kaiserlichen Erlasse“, in denen sie einen Augenblick den Hoffnungsanker gefasst hatten, erfüllen sie mit geheimem Grauen. Ein bloßes Wahlmandat vermag das nicht sein. Die Herren auf der „steilen Höhe, die weder Noth noch Reiche zu schätzen vermögen“, lernen aus sprichwörtlich nichts oder nicht viel — aber das muß ihnen denn schließlich doch durch die Logik der kritischen Thatfachen in den Schädel geklopft worden sein, daß die soziale Frage nicht mit sich spielen läßt.

Der schnapsbrechende Demagog der Reaktion hatte sich in der ihm eigenen tollen Selbstüberhöhung allen Gunsten eingebildet, den Sozialismus vor seinen Junkerfarren spannen zu können. Fünfundsiebzig Jahre hat er sich abgemüht — Niederlage über Niederlage erlitten, Schande an Schande gereicht — und heute liegt er juppelnd am Boden und wird wohl gelegentlich aus Gnade und Barmherzigkeit „auf den Altentheil gesetzt“ werden.

Und das Beispiel sollte so ganz ohne absprechende Wirkung geblieben sein? Kein Zweifel, das Ideal war: Jüdenbrod und Peitsche. Nur daß das Jüdenbrod etwas appetitlicher gemacht werden sollte. Klein das Verpöhlen ist eine gefährliche Sache, wenn ein Starke da ist, der den Bersprecher beim Wort nehmen kann. Und der Starke ist da: die deutschen Arbeiter nehmen den deutschen Kaiser beim Wort, wie sie weiland Bismarck beim Wort nahmen, als er die Sozialreform versprach. Er hat nicht uns, wir haben ihn“, sagte der sozialdemokratische Redner der dritten Sitzung des ersten Unionskongresses. Und wir haben ihn geholt. Sein Volkstheoretikum ist heute ein überwindener Standpunkt, und der „Cedipus des neunzehnten Jahrhunderts“ muß in den Abgrund stürzen, weil er es nicht verstanden hat, das Räthsel der sozialen Sphäre zu lösen.

Dem Urheber oder den Urheberin der „kaiserlichen Erlasse“ wird es nicht besser ergehen, wenn sie die gleiche Unfähigkeit entwickeln, und den Ausblick freigesetzten Plan haben, die soziale Frage in ihrem dynastisch-herrschaftlichen Interesse anzunehmen, statt die Lösung derselben zu erheben. „Gleichheit ist die beste Politik“, sagen die Engländer. Und in diesem Fall ist der Satz ganz besonders wahr. Der „Bier“ muß nicht „ethisch“ sein, das heißt, will er ein Kommodienstück ausführen, dann wird nicht die Sozialdemokratie der „Gefoppte“ sein — einzig er selber. Der wirkliche, realpolitische, um nicht so auszuweichen dynamische Werth der sogenannten „kaiserlichen Erlasse“ liegt in der Triebkraft, welche sie der sozialdemokratischen Wähler liefern. Abgesehen hiervon sind sie nicht mehr werth, als das Papier, auf welchem sie stehen. Nur von unten heraus, nur durch die Sozialdemokraten kann verwirklicht werden, was dort verheißt ist — alle anderen Klassen und Parteien sind der Sache des Arbeiterkampfes und sind der Sache des Gleichberechtigung der Arbeiter feindlich. Und so ist denn der deutsche Kaiser in die transalpinische Lage gekommen, daß er kein kaiserliches Wort nur mit Hilfe der Sozialdemokraten halten kann, die er vor nicht gar langer Zeit so hoch, daß er Alles, was ihnen freundlich gestimmt war, über den Haufen schiefen wollte. Die übrigen Parteien, die, auf welche die Monarchie sich bisher stützte, und auf welche sich der deutsche Kaiser noch im gegenwärtigen Moment stützt, verabscheuen den Inhalt der „kaiserlichen Erlasse“ und wollen sie sich

nicht nur vollkommenes verlangen, aber wir dürfen an ihn dieselbe Anforderung stellen wie an Vater und Bühnen, und nur das vorzulegen, was wenigstens in irgend einer Hinsicht auf unsere Aufmerksamkeit Anspruch erheben kann. Caecum non est pietas, um einmal naturalistisch zu reden, gilt auch in dieser Hinsicht.

Damit jedoch genug der Ausstellungen. Sonst gerathen wir in Gefahr, beim Leser den entgegengelegten Eindruck hervorzurufen, den wir beim Lesen des „Diorama“ empfangen und hier wiedergeben möchten. Dieser ist, trotz allem, was wir bisher zu rügen hatten, vielmehr ein recht glänzender. Es geht etwas sehr Bunt zu in dem „Diorama“, das uns Henschel bietet, aber es weht der frische, gesunde Hauch eines vorwärtsstrebenden Geistes durch dasselbe, der uns zu interessieren, zu fesseln, zu packen versteht. Wir können es als eine wahre Wohlthat bezeichnen, einem Dichter zu begegnen, der weder der Modetrachtlichkeit unserer Zeit, Bloßheit, baldig, noch kein jugendliches Empfinden durch Nachahmung Schopenhauer'scher Rezipientenrath befangen zu müssen glaubt. Henschel ist in jeder Beziehung noch ein Ueberdender, auf Schritt und Tritt heiten ihm noch die Hierarchien seiner dichterischen Vorbilder an, aber doch zeigt er schon seine Eigenart, er hat eigenes Pathos, eigenen Witz, eigenes Empfinden und eigene Kraft. Er hat auch, worauf beim Dichter so viel ankommt, eigene Augen. Er versteht anständig zu schildern, zuweilen vielleicht ein bisschen zu anschaulich, aber er hat einen klaren Blick und weiß das Wesentliche oft wunderbar herauszufinden. Wir können hier nur knappe Ansätze halten, doch wollen wir wenigstens einige Proben aus dem reichen Inhalt des „Diorama“ den Lesern vorführen.

Hier eine Stelle aus dem prächtigen Nachruf „Vor einem Bilde Salomons Bögeln's“:  
„Ein kleines Häuflein standen wir einmal,  
Um dich im Halbkreis am Großmünsterturm;  
Du liehest uns die Stillvermittlung luden,  
Und bald war die Debatte kott im Gang.  
„Sch'n Sie den Steinrich da? Wann mag . . .?“ Da kam  
Ein schönes Mädchen stramm vorbeigefahren  
Ihr Reden aus dem Töchterempor;  
Ihr ihren Hals die blonden Locken glitten,  
Neben wie Gudrun sah das Augenpaar.

nur als ein gemeines Wahlmandat gefallen lassen, welches dem Urheber der Erlasse die denkbar unräthlichste und unwürdigste Rolle anweisen würde.

Und er ist vorläufig ganz in den Händen dieser Gesellschaft. Man betrachte sich nur die Mitglieder des „Staatsraths“, der extra aus der Rumpelkammer hervorgeholt worden ist, um die Verwirklichung des Programms jener kaiserlichen Erlasse anzubahnen! Maßlicher konnte der Boss nicht zum Gärtner gemacht werden.

Doch — was liegt jetzt an diesem Wähler? Wir sind jetzt in der lustigen Faschingszeit, und solcher Nummernschanz ist in bester Harmonie mit dem modischen Faschingsfesten. Es wird aber bald der Mittwoch kommen; mit dem Nummernschanz ist es dann zu Ende, und wenn das von den Faschingspaßmachern nicht begriffen wird, dann müssen sie sich auf allerhand unangenehme Ueberreichungen gefaßt machen.

Genug — die Monarchie der Hohenzollern ist in eine gar zweifelhafte Lage gerathen — sie hat ein Programm aufgestellt, dessen Verwirklichung nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich ist und dessen Nichtverwirklichung den moralischen und politischen Bankrott der Monarchie bedeutet.

Die Sozialdemokratie ist Herrin der Situation. Sie kann in dem Spiel, das am 5. Februar ds. Jrs. begonnen hat, nur gewinnen. Und unsere Feinde können nur verlieren!

Unter so günstigen Auspizien ist unsere Partei noch nie in den Wahlkampf eingetreten — günstige Auspizien sind überhaupt nicht denkbar. Und das wissen unsere Feinde, und das wissen unsere Feinde.

Doch — die Pflicht ruft. Der Brief ist schon länger geworden, als er ursprünglich sein sollte. Nach dem Kampf die Beschreibung. Bis zum 20. Februar gehet jedes Atom unserer Kraft dem Wahlkampf. Die Schlacht muß ein Sieg sein. Und ist die Hauptschlacht geschehen, dann haben wir noch keine Ruhe — dann kommen die Stichwahlen. Und sie werden zahlreich sein. Wie die Arbeit all zu bewältigen ist, — ich weiß es nicht. Aber sie wird bewältigt werden, denn jeder Sozialdemokrat wird seine Schuldigkeit thun.

— Mit welcher gespannter Erwartung die Sozialisten aller Länder den Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie verfolgen, wie sehr sie die Bedeutung desselben zu würdigen wissen, und wie gern sie dazu beitragen, das Resultat zu einem recht günstigen gestalten zu helfen, davon gehen uns jeden Tag neue, ebenso erhebende wie oft geradezu rührende Beweise zu. Wir bedauern, daß uns der Raum fehlt, von allen diesen Annehmungen im Einzelnen eingehende Notiz zu nehmen, und wir müßten die Leser in dieser Hinsicht vorläufig schon auf die an anderer Stelle veröffentlichten Leistungen verweisen. Für heute wollen wir nur einige der bedeutendsten Thatfachen erwähnen.

Den Genen und Antwerpen Genossen sind auch die Bräuterei Sozialisten gefolgt und haben am 10. Februar zu Gunsten des deutschen Wahlfonds ein großes Arbeiterfest abgehalten, das glänzend besetzt war und einen ausgezeichneten Verlauf nahm.

Unsere französischen Genossen, die so schwer unter der Last der Zeit zu leiden haben, haben trotzdem eine Sammlung eröffnet, die bereits gegen 400 Franken ergeben hat. Darunter 150 Franken von der, fast nur aus armen Weibern bestehenden Norddelegation, und 100 Franken von der Federation des Oisens (Montion).

Aus Italien stahl mit die Arbeiterliga von Reggio Emilia (Mittel-Italien) die Abendung von Fr. 24 an, mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß die finanzielle Lage des Vereins nicht erlaube, mehr zu schicken. Aus Rom sandte uns Professor Gabriola 50 Franken als Zeichen der Liebe für die deutsche Sozialdemokratie, die, schreibt er, nach meiner festen Ueberzeugung als einzig zukunftsfähig und geschichtlich begründet, die allgemeinen Interessen vertritt der Menschheit.

Nach dem Süden der Norden. Aus Stockholm senden uns die schwedischen Genossen als „einen kleinen Beitrag“ 40 Mk., den Ueberlauf eines Vortrags des Genossen N. Beanting über die deutsche Sozialdemokratie.

Unsere österreichischen Genossen hat die hochblühende Polizei die Fortsetzung der begonnenen Sammlung verboten. Aber schon hatte die „Arb.-Ztg.“ allein gegen 600 Gulden (zirka 1000 Mk.) anstufen können, ein, wenn man die Verhältnisse berücksichtigt, wahrhaft glänzender Resultat.

Unsere Genossen in der Schweiz, an deren Sammlung sich auch viele Schweizer beteiligt, haben bereits über 2000 Franken an das Zentralwahlkomitee abgeführt.

Selbst die russischen Sozialisten haben nicht zurückbleiben wollen. Das Komitee des russischen sozialdemokratischen Bundes hat ein Zirkular an die russischen Freunde der Freiheit erlassen, worin es zu Sammlungen auffordert und betont, daß der Sieg der Sozialdemokratie als der einzigen entscheidenden Vorläuferin für den demokratischen Staat, auch für Rußland von großer Bedeutung sei. Der Ruf ist unterzeichnet: der Sekretär des russischen sozialdemokratischen Bundes, W. Saffulitsch.

Aber auch, wo die Sozialisten des Auslandes aus lokalen Gründen von Sammlungen Abstand nahmen, zeigt ihre Presse, mit wie gespannter Aufmerksamkeit sie dem Wahlkampf in Deutschland folgen. So enthält z. B. „El Socialista“, das Organ der spanischen Sozialdemokraten, spaltenlange Berichte über denselben. Kurz, in allen Ländern wird die Wichtigkeit des 20. Februar für die Arbeiterklasse von den Sozialisten und nicht nur von ihnen, voll gewürdigt, es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß die Augen von ganz Europa, der ganzen zivilisirten Welt gegenwärtig auf die deutsche Sozialdemokratie gerichtet sind.

Mögen sich die Genossen in Deutschland dessen bewußt sein. Sie haben die Pflichten, die diese internationale Stellung ihnen auferlegt voll begriffen; mögen sie sich darum der Thatfache erfreuen, daß ihr Sieg mitgefeyert werden wird, wo nur Arbeiterherzen für Recht und Freiheit erglänzen. Der 20. Februar wird ein internationaler Feiertag sein.

\*) Dem Tage, wo die Erlasse publiziert wurden.

Jurid' traft's du. Die feierlichste Panie,  
Die ich erlebt. Und Kopf an Kopf, von rechts  
Nach links geleitet, haben wir genossen  
Das Schlachtabbleu von Purpur übergoßen . . .

Der Schönheit Priester und der Freiheit Freund,  
Genoff' des Volk's, des Rechtes Schirm und Rath,  
Fürsprech der armen und betrogen Leute.

Der Letzte du aus Urparlamentsmann,  
Vom Arbeitspult das Buch der Zukunft hebend,  
Ein echter, glückseliger Demokrat.

Das ganze Gedicht ist eine so treffende Schilderung des ausgezeichneten schweizerischen Gelehrten und Volksmannes, daß man selbst so zweifelhaft die Tage wie Meerblau wie Gudrun sah das Augenpaar mit in den Raum nehmen kann.

Sehr schön heißt es im Gedicht „Gegenfag“:  
„Ein schwanger Weib ist mir ein Heil'genbild“,  
Schleppst sich's in Lumpen Weich und eckig hin,  
Das Leben säugend dem, das lebend quillt,  
Die nothgedrängte Schmerzensschwänigin.

Lasträgerin der Welt, entbehrungsreich,  
Mir qualvoll, Dir die widrige Figur.

Geh Du noch Rom! Romanisch ist Dein Sinn.  
Vor Raphaels Madonna lue Du!  
Mein Auge sieht der Proletarierin  
Wühlgang Werbung überwältigt zu.“

Und im „Memento der Freiheit“:  
Auf Freunde! Nicht ewig das Giebel bejammern  
In sentimentalen Gedichten!  
Lacht uns mit tropischen Offenklammern  
Den Bau des Rechtes errichten!  
Die Thronen, die ihr in Verlen vergießt,  
Wie sie der Prog mit Behagen genießt!  
Die goldgeschmedte Krone  
Beint gar noch selbst eine Thräne.

— Zur Geschichte der internationalen Fabrikgesetzgebung. Sehr richtig erinnert ein Werner Korrespondent der „Frankfurter Ztg.“ daran, daß das Verdienst, die Frage der internationalen Fabrikgesetzgebung auf die Tagesordnung der praktischen Politik gebracht zu haben, einem deutschen Sozialisten, dem selber zu früh verstorbenen Karl Höbberg, gebührt. Er schreibt:

„Allerdings war der Erste, der unseres Wissens, ein internationales Gesetz über die Industrie-Arbeit“ anregte, der schaffische Fabrikant Daniel Vegrand, der im Jahre 1841 an die französischen Kammer eine bezügliche Eingabe gemacht und 1857 ein Zirkular in gleichem Sinne an verschiedene Regierungen gesandt hat. Nationalroth Vogel hat dieses in Bern wieder aufgefunden, als er sich mit der Frage der internationalen Fabrikgesetzgebung beschäftigte, und von dem denkwürdigen Schriftstücken in einer am Zentralfest des Grüßvereins 1880 in Genäve abgehaltenen Rede gesprochen. Dieser schaffische Fabrikant verlangte den zwölfstündigen Normalarbeitstag, das Verbot aller Nacharbeit für Jünglinge unter 18 Jahren und für Frauen jeden Alters, das Verbot der Arbeit von Knaben unter 10 und Mädchen unter 12 Jahren, sowie endlich das Verbot der Sonntagsarbeit. Sind die von Vegrand 1841 in Paris gemachten Vorschläge nicht ähnlich wie die später, 1857, gemachten, worüber Genäveres nicht bekannt ist, so war es vermuthlich die Regierung von Genäve, welche eine derartige internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse zuerst für erforderlich hielt. Sie wünschte im Jahre 1855 Gleichheit der Fabrikgesetzgebung zwischen den schweizerischen Kantonen und meinte dabei, es sollte allerdings wegen des Gefahren der Konkurrenz „durch internationale Stipulationen zwischen den industriellen Staaten von ganz Europa ein einheitliches System geschaffen werden.“ — In jüngerer Zeit war nun von einer internationalen Fabrikgesetzgebung in den Jahren 1879 und 1880 in der „Zürcher Post“ die Rede, in welcher Karl Höbberg dieselbe befürwortete und das Mittel der europäischen Konvention empfahl. Es galt hiermit zugleich, das schweizerische Fabrikgesetz vom Jahre 1877 zu retten, dessen Aufhebung manche Industriellen verlangten. Wenn zwischen Vegrand und Höbberg auch zahlreiche andere Volkswirthe und Politiker dieselben Ansichten äusserten, so sind es doch die Vorschläge Höbbergs, welche die ersten Versuche eines Parlaments und einer Regierung, den geeigneten Weg zu beschreiten, bewirkt haben. Oberst Frey stellte im Dezember 1880 im Nationalrath eine Motion, welche den Bundesrath einlud, den Parlamentarier von Delegirten der Industriestaaten zu veranlassen, was denn auch, aber ohne Erfolg, geschah. Seither erließ der Bundesrath, im Jahre 1887, einen zweiten gleichen Versuch machen zu wollen.“

Wir können diese Ausführungen noch durch einige speziellere Mittheilungen ergänzen. Als Deutschland 1879 zur Sanngesetzgebung übergegangen war und namentlich auch sehr hohe Festätze eingeführt hatte, glaubte ein schweizerischer Fabrikant, der feinerzeit selbst eifrig zu Gunsten des Fabrikgesetzes von 1877 eingetreten war, den Untergang der schweizerischen Industrie erleben zu müssen, wenn die Schweiz nun nicht sofort den Normalarbeitstag wieder abschaffe, und begann eine Initiative in diesem Sinne. Derselbe schien Anfangs viel Anklang zu finden und die schweizerische Arbeiterbewegung war durch Krisis und die Rückwirkung des deutschen Sozialistengesetzes so gelähmt, daß eine fräftige Gegeninitiative ihrerseits nicht zu erhoffen war. Für jeden Sozialisten war es aber klar, daß alles aufgegeben werden mußte, die schwer erlangene Fabrikgesetzgebung nicht antauchen zu lassen, den Genossen aller Länder nicht den Triumph zu bereiten, daß sich der Normalarbeitstag im ersten Land, wo er durchgeführt worden, als unpraktisch oder gar schädlich erwiesen habe. So kam Höbberg auf den glücklichen Gedanken, der Fortsetzung der Rückwärtsrevision die der internationalen Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung gegenüber zu stellen. Unter Ansehen erließ er auch den damals in London lebenden Sozialisten Karl Dirsch, ihm für die in Leipzig erscheinenden „Staatswirtschaftlichen Abhandlungen“ einen Artikel über dieses Thema zu schreiben. Dirsch kam der Einladung nach, im dritten Heft der „Abhandlungen“ findet der Leser den von ihm darüber verfaßten Artikel, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Dirsch, der zu jener Zeit sehr intim mit Marx und Engels verkehrte, ihm sehr nicht verfehlt hat, ohne darüber mit den großen Theoretikern des modernen Sozialismus zu sprechen. Einzelne Stellen seines Artikels lassen dies ziemlich deutlich erkennen. Später veranlaßte Höbberg noch Karl Kautsky, in einer Brotschüre die Frage detaillirter und mit Hinwekung auf die bestehende Fabrikgesetzgebung zu behandeln. Diese Brotschüre ist unter dem Titel „Internationale Fabrikgesetzgebung“ im Verlage von Erich Kolchay in Leipzig erschienen und noch heute im Buchhandel zu haben. Höbberg selbst suchte in der Tagespresse den Gedanken zu propagiren, und wie ihm dies, Dank der Mitwirkung der „Zürcher Post“ gelang, wie der demokratische Oberst Frey die Frage vor den schweizerischen Nationalrath brachte, ist oben dargelegt.

Wenn also der deutsche Kaiser sie jetzt gleichfalls aufnimmt, so können wir ihm dazu nur gratuliren. Es müßte ihm mit besonderer Genugthuung erfüllen, sich in so anständiger Gesellschaft zu sehen, der Testamentsvollstrecker eines Karl Höbberg zu werden, dieses „jüdischen Sozialrevolutionärs“ — wie „Kreuztg.“ und „Reichsbote“ den edlen Verstorbenen so gern nennen.

— Eine wohlverdiente Achtung haben unsere Frankfurter Genossen in einer von den Nationalliberalen einberufenen Wählerversammlung einer der Herden dieser Partei, dem Ex-Polizeipräsidenten von Hergenhausen, angedeihen lassen. Dieser liberale Beamte, unter dessen Regime die schändlichsten Polizei-Brutalitäten, die Frankfurter unter der Herrschaft des Schanzengeles erlebt, angeführt wurden: die Friedhofswegleitung und die Massenarrestationen am Weihnachtsfest 1886 — dieser willige Handlanger des Putzlämmer hatte den wenig beneidenswerthen Rath, vor die Frankfurter Reichstags-Wählerchaft als Agitator für den nationalliberalen Kartellkandidaten hinzutreten. Aber er botte die Rechnung ohne die Frankfurter Arbeiter gemacht. Man höre, wie es ihm in jener Wählerversammlung erging. In einem Bericht der „Frankfurter Ztg.“ heißt es darüber:

Wohl soll mit erschütternden Wahrheitsstößen  
Die Rath aufschrei'n in der Dichtung.

Doch nicht Kontento der ganze Mann!  
Stimmt das Memento der Freiheit an!  
Schlagt mit den Armen der Reime  
In die wurmerstehenden Bäume.

Gewitter in eure Pieder!  
Sonst donnert die Zukunft Euch nieder.

Eine ganze Reihe von Gedichten: „Vod' Abend in der Tonhalle“, „Café chantant“, „Familien“ und viele andere, verrathen eine glückliche Anlage zur Satire, und einige der lyrischen Gedichte zeichnen sich durch vortreffliche Stimmungsmalerei aus.

Genug. Wir haben in Henschel einen unzweifelhaft reich begabten Dichter vor uns, von dem noch viel erwartet werden kann, wenn er sich vor einem Hütel — vor Verflachung. Er hat sein „Diorama“ Leopold Jakob gewidmet, und wir freuen uns, in der Widmung an diesen das Versprechen zu finden, sich „angelegentlicher als bisher dem Studium der Gesellschaftswissenschaft“ zu ergeben. Möge der Einfluss Leopold Jakob's sich auch in anderer Beziehung dem jungen Dichter wohltätig erweisen.

Das „Diorama“ ist von der Berliner Polizei auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden. Es bedurfte dessen wirklich nicht, um das Buch jedem Sozialisten, jedem Freund moderner Poesie werth zu machen. Aber Henschel darf wenigstens von sich sagen, daß er das Verbot redlich verdient hat. Wohl fehlt im Diorama die Aufforderung zum „gewaltthätigen Umsturz“, die man ja wohl ehedem als poetische Lizenz den Dichtern hingehen ließ. Aber dafür mußten sie wenigstens sonst hübsch artig sein und nicht die Polizei in so festen Salzen verhöhnen. Und dann, dieses Gedicht „Das Ausnahmengesetz“:

Es steht ein Blatt beschrieb'n im Buch der deutschen Schmach,  
Das muß der Teufel lieben, bis an den längsten Tag . . .  
So etwas darf nicht im honesten Buchhandel vertrieben werden. Und so werden die unheimlichen Leute es sich auf unheimlichem Wege verschaffen.

